

WAHL IN BERLIN: Das Ergebnis in der Hauptstadt erhöht auch den Druck auf die Koalitionsparteien im Bund

KOMMENTAR



Bunte Republik

Martin Ferber über die Wahl in Berlin: Es gibt wieder Alternativen zur großen Koalition – dieser Trend setzt sich in der Hauptstadt fort

Im Sport wäre es ganz einfach. Bei einem Boxer, der vier schwere Treffer einstecken muss, würde der Trainer das Handtuch werfen. In der Politik gelten andere Gesetze. Auch nach der fünften Wahl in diesem Jahr mit vier schweren CDU-Niederlagen kämpft Angela Merkel weiter. Abdanken oder vorzeitige Neuwahlen ausrufen, wie es ihr Vorgänger Gerhard Schröder 2005 gemacht hat, sind für sie keine Optionen. Warum auch? Um ihre Zukunft geht es erst bei der Bun-

Versprechen, dass sich Zustände wie im vergangenen Jahr nicht wiederholen dürfen, kommt Merkel ihren Kritikern weit entgegen, auch wenn sie eine statische Obergrenze weiterhin ablehnt. Doch die Zeichen stehen auf Entspannung, um eine weitere Selbsterfleischung der Union zu verhindern. Vom Niedergang der Union profitiert auch SPD-Chef Sigmar Gabriel. Der Richtungsstreit zwischen CDU und CSU lässt die strukturellen Probleme der SPD in den Hintergrund treten. Allerdings verliert auch sie an Boden. Kein Wunder, regieren die Sozialdemokraten an der Seite Merkels mit und können nicht gleichzeitig Regierungs- wie Oppositionspartei sein, auch wenn Vizekanzler Gabriel genau dies versucht.

Das Berliner Ergebnis gibt der SPD keinen Aufwind. Und was in der Hauptstadt mit ihrer strukturellen linken Mehrheit möglich ist, ist es auf Bundesebene noch lange nicht – von Rot-Rot-Grün träumen nur Fantasten. Wenn es stimmt, dass die Hauptstadt ein Labor ist, weil dort manches früher und schneller als anderswo stattfindet, dann steht das politische System der Republik vor gewaltigen Veränderungen. Die Zeit der großen Volksparteien geht zu Ende. Die Parlamente werden bunter, die Suche nach Mehrheiten komplizierter. Das mag man bedauern, weil ein Stück Stabilität und vertrauter Ordnung verlorengeht.

Die Politik wird wieder spannender – und mehr Bürger gehen zur Wahl

Aber die Politik wird damit auch wieder spannender. Es gibt auf einmal wieder Alternativen zur großen Koalition, neue Bündnisse beleben die Politik, weil alte Strukturen aufgebrochen werden. Die gestiegene Beteiligung bei allen fünf Wahlen in diesem Jahr ist Ausdruck eines neuen Interesses an der Politik. Warum soll in einer Zeit, in der sich alles ändert, ausgerechnet in der Politik alles so bleiben, wie es ist?

Auch Merkels Flüchtlingspolitik hat zum Niedergang der CDU beigetragen

destagswahl in einem Jahr. Merkel ist entschlossen, die Zeit zu nutzen. Politisch schwer angeschlagen ist die Kanzlerin dennoch. Erreicht hat sie nur das Minimalziel in Sachen-Anhalt. Dort blieb Reiner Haseloff CDU-Ministerpräsident. Ansonsten reihte sich Desaster an Desaster. Nur Platz zwei hinter den Grünen in Baden-Württemberg, Wahlniederlage in Rheinland-Pfalz, Demütigung in Mecklenburg-Vorpommern, wo man hinter der AfD nur auf dem dritten Platz landete. Und schließlich der Untergang in Berlin – dort erhielt die CDU nur noch 17,6 Prozent.

Schon die vergangenen Wochen waren für Angela Merkel alles andere als erfreulich, nun dürfte es noch ungemütlicher für sie werden. Da hilft es nichts, dass die CDU die Gründe für die Schlappe in der Hauptstadt dem chronisch schwachen Berliner Landesverband mit seinem wenig überzeugenden Spitzenkandidaten Frank Henkel und CSU-Chef Horst Seehofer in die Schuhe schieben will. Dabei gibt es keinen Zweifel, dass auch die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zum Niedergang der CDU beigetragen hat, auch wenn diese längst korrigiert wurde und der von der CSU geforderte Kurswechsel bereits stattgefunden hat. Immerhin, mit dem Eingeständnis, Fehler gemacht zu haben, und dem

PRESESTIMMEN

Zum Wahlausgang in Berlin:

„Berliner Zeitung“
„Berlin ist also wieder geteilt. Nicht in Ost und West, aber in eine Toleranz- und eine Intoleranzzone. Und die Suche nach einer Antwort auf diesen Rechtsruck ist nach den mittlerweile zehn Landtagswahlen, in denen es die AfD deutlich über die Fünf-Prozent-Hürde geschafft hat, nicht leichter geworden. Die Kanzlerin hat gestern angefangen, eine Geschichte des ‚Wir haben verstanden‘ zu erzählen. Wer hat diese Aufgabe in Berlin? Allen voran natürlich der Regierende Bürgermeister Michael Müller. Er muss auch der Regierende Bürgermeister der AfD-Wähler sein. Aber was heißt das? (...) Gegen die AfD hilft kein spezielles Kraut. Es ist die Medizin, die alle Wähler brauchen. Ehrliche Politik, tun, was man sagt, fairer Umgang mit politisch Andersdenkenden.“

„Der Tagesspiegel“
„Es klingt ironisch, ist aber schlicht wahr: Sigmar Gabriels Machtperspektive als SPD-Vorsitzender hängt von der Performance und Professionalität des ‚Wahlsiegers‘ Michael Müller in Berlin ab. Nur wenn der sowohl sich selber als auch die Koalition führen kann, steigen die Chancen. Andernfalls wird es zwei Reaktionen geben: Auf

lokaler Ebene wird Müller zur Seite geschoben, auf Bundesebene wird Rot-Rot-Grün diskreditiert nach dem Motto „Die können es nicht“.

„taz“
Inhaltlich ist Rot-Rot-Grün im Bund vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik schwierig. Hier passen die Positionen von Rot-Grün und Dunkelrot so gut zusammen wie Nitro und Glycerin. Wer jedoch mit Nitro und Glycerin hantieren will, braucht eine ruhige Hand. Und die soll Sigmar Gabriel haben? In Thüringen musste sich Bodo Ramelow die Wut aus dem Bauch coachen lassen, damit sein rot-rot-grünes Bündnis überlebt; jetzt regiert der einstige Gefühlspolitiker mit Akribie und Disziplin. Berlin hat in Michael Müller einen Mann, der zu seiner Langeweile steht; die ideale Voraussetzung für eine Drei-Parteien-Regierung mit ihren Geltungssüchten.“

„Die Welt“
„Berlin hält sich viel darauf zugute, eine bunte Stadt, eine bunte Mischung zu sein. Politisch trifft das nun sicher zu. Die Stadt verteilt ihre Gunst recht gleichmäßig. Keiner Partei erlaubt sie, auch nur an den 25-Prozent-Turm heranzukommen. Das Volksheim Berlin feiert Abschied von der Volkspartei.“ dpa



Wahl-Pendel

ZEICHNUNG: JÜRGEN TOMICKE

Politikwissenschaftler: Der Mannheimer Thomas Gschwend empfiehlt eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Protestpartei

„Wer die AfD ausgrenzt, treibt ihr nur noch mehr Anhänger zu“

Von unserem Redaktionsmitglied Steffen Mack

MANNHEIM. Nach ihren drastischen Verlusten bei den Wahlen in Berlin suchen Union und SPD nach Wegen aus der Krise. Nach Ansicht des Mannheimer Politikwissenschaftlers Thomas Gschwend ist die große Koalition nun vor allem dazu „verdammte, ihre Streitigkeiten zu beenden. Sonst laufen ihr noch mehr Wähler weg.“

Herr Professor Gschwend, SPD und CDU kommen in Berlin zusammen nicht mal mehr auf 40 Prozent. Muss man da mit dem Begriff „Volksparteien“ nicht langsam vorsichtig sein?

Thomas Gschwend: Was wir hier erleben, ist eine Einebnung der Volksparteien. Aber das ist Berlin-spezifisch, für die Bundespolitik hat das keine größere Bedeutung. Nicht jede Wahl ist eine Merkel-Wahl.

Inwiefern Berlin-spezifisch?

Gschwend: Man muss in der Hauptstadt nur „Flughafen“ sagen, schon gibt es großes Gelächter. Hinzu kommen das Versagen der Berliner Behörden in der Flüchtlingskrise, marode Schulen und weitere landespolitische Probleme.

Aber die Bundespolitik spielte doch auch eine Rolle, oder?

Gschwend: Ja, aber vor allem, weil dieselben Parteien, die im Bund regieren, auch in Berlin regiert haben.

Hat die SPD Recht mit ihrem Vorwurf an die Union, deren Streit um Angela Merkels Flüchtlingspolitik habe den Koalitionsparteien insgesamt geschadet?

Gschwend: Absolut. Wenn man sich derart öffentlich streitet, ist das für niemanden gut. Es schadet auch der SPD, weil die Bundesregierung als Ganzes wahrgenommen wird.

Die nächste Landtagswahl steht erst in einem halben Jahr an der Saar an. Gibt das den Regierungsparteien nun Gelegenheit, zur Sachpolitik zurückzukehren?

Gschwend: Ich glaube sogar, dass die Koalition verdammt dazu ist, ihre Streitigkeiten zu beenden. Sonst laufen ihr noch mehr Wähler weg. Merkel hat nun den Anfang gemacht...

... und ist in einem Interview erstmals etwas auf Distanz zu ihrem „Wir schaffen das“ gegangen...?

Gschwend: Ja, das dürfte es der CSU leichter machen, sich mit der Kanzlerin auszusöhnen.



Die AfD bejubelt den Wahlausgang: Ihr Bundesvorsitzender Jörg Meuthen (links) und Georg Pazderski, Spitzenkandidat in Berlin, feiern mit ihren Anhängern. 14,2 Prozent holte die Partei in der Hauptstadt. BILD: DPA

Hat Merkel unterschätzt, wie ihr Festhalten an dieser Devise die Schwesterpartei empört?

Gschwend: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Merkel irgendetwas unterschätzt. Überrascht hat mich allerdings, wie öffentlich dieser Streit in der Union ausgetragen wurde. Offensiv sind da die Kommunikationskanäle zwischen CDU- und CSU-Führung etwas gestört. Das ist kein guter Ausgangspunkt für einen gemeinsamen Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr.

Bei dem Merkel erneut antritt?

Gschwend: Davon gehe ich aus. Ansonsten hätte die CDU-Chefin bereits jemanden für die Nachfolge aufbauen müssen.

Die CSU hat bereits mit einem eigenständigen Wahlkampf gegen Merkel gedroht. Gute Idee?

Gschwend: Das wäre völliger Irrsinn. Selbst in Bayern mag ein Drittel der CSU-Wähler lieber die CDU.

Zur SPD: Sie tröstet sich damit, in Berlin wieder stärkste Kraft zu sein, hat aber mit die größten Verluste aller Parteien. Was können die Genossen gegen ihre Krise tun?
Gschwend: Sie müssen sich mehr um ihre Kern-Klientel kümmern, die

Thomas Gschwend

Thomas Gschwend ist Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.



Zu den Schwerpunkten des 48-Jährigen gehören Wahlkämpfe.

Der gebürtige Stuttgarter studierte in Freiburg Mathematik, Politik- und Erziehungswissenschaft. 2001 promovierte er in New York.

2012 erhielt er zusammen mit seinen Mitarbeitern James Lo und Sven-Oliver Proksch als erste Europäer den Gosnell-Preis der American Political Science Association für exzellente politikwissenschaftliche Methoden. sma (BILD: GSCHWEND)

„kleinen Leute“. Da hat ihr die AfD den Rang abgelaufen.

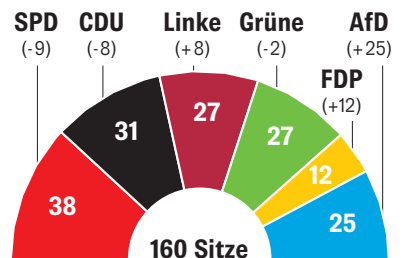
Wie soll das gehen?
Gschwend: Man muss die AfD inhaltlich stellen. Sie betreibt gar keine Politik für „kleine Leute“. In der Steuerpolitik etwa fordert sie Kopfpau-

So wählte Berlin

Wahl zum Abgeordnetenhaus (Ergebnis in Prozent) Veränderung zu 2011

SPD	21,6	-6,7
CDU	17,6	-5,7
Linke	15,6	+3,9
Grüne	15,2	-2,4
AfD	14,2	+14,2
FDP	6,7	+4,9
Piraten	1,7	-7,2
Sonstige	7,4	-1,0

Sitzverteilung



Wahlbeteiligung: 66,9% (+6,7) vorläufiges amtliches Endergebnis